

## Wahlprogramm Bündnis90/Die Grünen 2021

### Zusammenfassende Einschätzung

Die Grünen sind auf Regierungskurs und legen einen Rundumschlag vor, der nicht nur doppelt so lang ist wie das SPD Wahlprogramm, sondern in vielen Teilen auch deutlich konkreter. Für DIE FAMILIENUNTERNEHMER sind insbesondere die Vorschläge zur Steuerpolitik nicht mit dem proklamierten Nachhaltigkeitsgedanken vereinbar.

Besonders die Familienunternehmen im Land haben 2020/21 durch die Abschmelzung ihres Eigenkapitals bereits ein großes Krisen-Opfer geleistet und sie brauchen deshalb auch nicht nachträglich erneut und gesondert zur Kasse gebeten zu werden. Um trotz der offensichtlichen Differenzen im Bereich der Steuer- und Haushaltspolitik Anschlussfähigkeit zur Union herzustellen, gibt es im Programm der Grünen den ein oder anderen blumigen Satz in denen „Markt“ und „Ordnungspolitik“ eingeflochten wird – dieses aber nur, um schon in den darauffolgenden Absätzen fast genau das Gegenteil zu fordern.

Kernmotiv grüner Wirtschaftspolitik ist eine „Weiterentwicklung“ der sozialen Marktwirtschaft in eine sog. „sozial-ökologische Marktwirtschaft“. Im Detail und kumuliert über alle diversen Einzelforderungen hinweg ist es ein Programm was sich seine Wohlfühlforderungen über durchgehend stärkere Belastungen von Wirtschaft und Unternehmern finanzieren lässt. Auch in der Digitalisierungs- und Innovationspolitik gibt es Diskussionsbedarf mit den Grünen. Die Rolle des Staates wird definiert als „wichtiger Innovationstreiber“, indem er „klare Zielvorgaben“ für die Akteure der Innovationslandschaft macht. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sehen dann vor, dass der Staat lenkt und vorgibt, welche Technologien wie gefördert werden z. B. über Forschungsförderung, staatliche Wagniskapitalfonds nur für Frauen oder stille Beteiligungen der öffentlichen Hand. Der grüne Staat weiß besser und am besten, wohin die Reise gehen kann bzw. gehen muss. Und er weiß es auch besser als die Betriebe. Das ganze Programm atmet weiter (wie schon 2017 und 2013) „Anmaßung von Wissen“.

Bei der Vorstellung des Wahlprogramms verkaufte Habeck das Programm als „Vitaminspritze für unser Land“. Die Familienunternehmer fürchten jedoch, dass diese „Vitaminspritze“ zumindest im Bereich der Steuerpolitik eher wie eine „Giftspritze“ für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands wirken würde, kommt es zum Stich.

Dieses Programm ist bereits für sich genommen, sozusagen zeitunabhängig, sehr schlecht. Noch schlechter wird es, berücksichtigt man, in welche Zeit mit welchen neuen und auch ganz neuartigen Voraussetzungen es fällt, wobei es hier keine Lösungen, sondern vor allem noch weitere Erschwerungen anbietet und so das Risiko eines Scheiterns noch verstärkt:

- Die EU ist verschuldet und bräuchte Wachstum.
- Die EU ist deindustrialisiert, Deutschland sollte sich nicht auch noch deindustrialisieren.
- Deutschland ist Corona-bedingt höher verschuldet und bräuchte deshalb viel Wachstum.
- Der Mittelstand hat Eigenkapital und Reserven abgebaut, die für Investitionen fehlen.
- Die USA und Ostasien sind ca. 1 Jahr früher aus der Corona-Krise herausgekommen.

- Deutschland und die EU müssen auf den Weltmärkten gegen deren Vorsprung ankämpfen.
- Die technologische Entkoppelung der „USA-Welt“ und der „China-Welt“ schreitet voran, woraus deutschen Unternehmen auf Dauer weitere Investitionsanforderungen erwachsen.

## Digitalisierungspolitik

Schon auf diesem Politikfeld zeigt sich deutlich eine Grundlinie Grünen Politik anno 2021. Angestrebt wird eine Industriepolitik a la francaise. Der Staat weiß, wo es langgeht. Er weiß vor allem auch, welche Technologie Zukunft hat. Entsprechend beherzt kann er dann auch mit dem Fördern dessen beginnen, dem die Zukunft gehört. Weil der Staat Bescheid weiß, ist er auch weniger besorgt, seine Förderpolitiken schuldenfinanziert großformatig anzulegen.

### Kernpunkte:

- Ziel: Innovationen in Europa entwickeln und marktfähig werden
- Rolle des Staates: „wichtiger Innovationstreiber“, indem er „klare Zielvorgaben“ für die Akteure der Innovationslandschaft macht
- Maßnahmen:
  - Forschungspolitik (Spitzenforscher anlocken)
  - Gründungen von Start-Ups / universitäre Ausgründungen verbessern (v. a. durch unbürokratisches Gründungskapital)
  - staatlicher Wagniskapitalfonds nur für Frauen
  - stille Beteiligungen der öffentlichen Hand
  - Investitionen in Halbleitertechnologien
  - Betonung der Regulierung der großen Digitalkonzerne (europäische Digitalaufsicht und mehr Haftung, Digitalsteuer)
  - strenge Regulierung von „künstlicher Intelligenz“
  - Rechtsanspruch auf Weiterbildung sowie schnelles Internet
  - Stärkung des Verbraucherschutzes sowie der Bürgerechte (im Sinne einer Ablehnung von Überwachung mittels Informationstechnologien)

## Europapolitik

Grüne sind politisch immer Zentralisten. Auch ihr Leitbild von Europa ist zentralistisch. Eine immer engere Union, ein EU-Superstaat schreckt sie nicht. Ein solches Gebilde kommt ihnen für ihr Great Design vielmehr entgegen. Zudem bietet „Europa“ eine zweite Ebene, auf der man Schulden aufnehmen kann, um gute Dinge, natürlich nur „investiv“ zu finanzieren. Der Marsch in die EU-Schuldenunion soll unter Beschleunigung fortgesetzt werden. Damit das alles auch gut durchgezogen werden kann, müssen Einstimmigkeitserfordernisse weg.

## Kernpunkte:

- breites Mandat EZB:
  - gleichberechtigt zur Preisstabilität auch Wohlstandsmehrung und hohe Beschäftigung anzustreben. Das bedeutet Monetarisierung aller Knappheiten.
  - Stabilitäts- und Wachstums so aufweichen, dass kein Spardruck mehr vorhanden ist
- Schaffung dauerhafter Instrumente eigener europäischen Fiskalpolitik
- eigene Einnahmequellen schaffen
- Ausweitung des EU Haushalts
- Das europäische Parlament (EP) soll gleichberechtigt mit dem EU-Rat werden
- Spitzenkandidaten und transnationale Listen
- Einstimmigkeitsabstimmungen abschaffen
- => Überkommen nationaler Strukturen und Verantwortlichkeiten
- MERCOSUR und CETA („in derzeitiger Form“) ablehnen
- europäische Industriepolitik für z. B. Halbleiter und Batterien
- CO2-Kraftfahrzeug-Flottengrenzwerte verschärfen
- Für sog. „KMU“: Förderprogramme und Investitionszuschüsse
- starker Einfluss im sozialen Bereich
- Öffentlich-rechtliche europäische Medienplattform

## Arbeit und Soziales

Die „SPD-Erbfolgekriege“ sind im vollen Gange. Nach der SPD wollen die Grünen nun auch der parlamentarische Arm der Gewerkschaften werden. Unternehmen dürfen zwar irgendwie noch zu wachsen versuchen, und an ihnen ist es auch, irgendwie den CO2-Ausstieg und die Energiewende zu finanzieren. Solches obliegt ihnen aber unter den Rahmenbedingungen von minimierter Flexibilität und in vollen Fesseln. Betreut werden nur Arbeitnehmerinteressen, sei es im Arbeitsrecht, sei es bei Mindestlöhnen.

Außerdem wird der Sozial- und Rentnerstaat weiter ausgebaut (mittels bedingungslosem Grundeinkommen auch für noch junge Rentiers). Mit anderen Worten: die Grüne gerontokratische Spätphase der GroKo fortsetzen (bedeutet „Merkel V“, aber ohne ewige Kanzlerin). Nicht ausformuliert wird, wie viel von den 500 Mrd. Euro Extra-Ausgaben dem schon übergewichtigen Sozialstaat zugeführt werden.

## Kernpunkte:

- Ausweitung Frauenquote in der Wirtschaft, ein Drittel bei Vorständen und 40 Prozent bei Aufsichtsräten in börsennotierten und mitbestimmten Unternehmen
- weitere Vermengung von „Fachkräftezuwanderung“ und „Asyl“ durch einen dauerhaft angelegten „Spurwechsel“ für Migranten
- Einführung einer Bürgerversicherung im Bereich Gesundheit inkl. der Erhebung von Beiträgen auf Kapitaleinkünfte
- Ausweitung Elterngeld auf 24 Monate
- Anhebung Mindestlohn sofort auf 12 Euro

- weitere Regulierung flexibler Beschäftigung durch Equal Pay bei der Zeitarbeit ab dem ersten Tag und dem Verbot der sachgrundlosen Befristung
- Schaffung eines dauerhaften sozialen Arbeitsmarktes mit staatl. subventionierter Beschäftigung
- Einführung Bundestariftreuegesetz (Verknüpfung von Vergabe und Tarifbindung)
- Tarifverträge sollen leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können, Mitbestimmung soll ausgebaut werden
- Einführung eines Recht auf Home-Office
- Einführung einer Wahlarbeitszeit für Arbeitnehmer im Arbeitszeitkorridor 30-40 Stunden pro Woche
- Ausweitung des Entgeltgleichheitsgesetzes auf sog. „KMU“
- „Garantiesicherung“ statt Hartz IV, Einstieg in ein sog. „bedingungsloses Grundeinkommen“
- Rentenniveau langfristig bei 48 Prozent

## Energie, Klima & Verkehr

Deindustrialisierung ist möglich. Und sie findet auch längst statt. Seit Anlaufen der dürtig erfolgreichen „Energiewende“ in Deutschland ist keine Fabrik im Land demontiert worden. Aber die Investitionen stocken überdeutlich. Industrialisiert wurde derweil neben Ostasien vor allem Ostmitteleuropa - als verlängerte Werkbank. Hohe Steuern UND hohe Energiekosten zusammen bilden ein starkes Argument. Das planwirtschaftliche und Preise garantierende EEG („Erneuerbare Energie-Gesetz“) soll also endlich fallen, aber solches nur in der Weise, dass die „Umlage“ durch eine ehrliche Steuerfinanzierung ersetzt werden könnte. Mit den Grünen bleibt es bei einer insgesamt staatsdirigistischen und daher ineffizienten und Privilegien bedienenden Energiewende.

### Kernpunkte:

- Ziel: „Wir wollen mit ehrgeizigen Vorgaben in Form von Grenzwerten, CO2-Reduktionszielen und Produktstandards der deutschen und europäischen Wirtschaft Planungssicherheit geben und Impulse für neue Investitionen setzen.“
- Maßnahmen:
  - Anhebung des nationalen Klimaziels auf 70 Prozent in 2030 ist sehr ambitioniert + Klimaschutzsofortprogramm
  - nationaler CO2-Preis im BEHG bereits 2023 auf 60 Euro, anschließend Erhöhung, so dass nationales Klimaziel von 70 Prozent weniger CO2 in 2030 gesichert wird
  - EEG-Vergütung abschaffen, immerhin!, aber zu langsam  
„Wenn bei fossilen Energien die CO2-Kosten stärker eingepreist und neue Instrumente etwa für Refinanzierung und Mietermodelle geschaffen sind, kann in einem dritten Schritt die EEG-Umlage (sic!) für Neuanlagen auslaufen.“
  - im Zweifel nationaler Mindestpreis im ETS, um Kohleausstieg zu forcieren
  - EE: 1 Mio. Solardächer in nächsten 4 Jahren – vermutlich machbar; 5-6 GW Zubau Wind an Land, schwierig – schleifen der Mindestabstände;
  - Gaskraftwerke nur noch, wenn mit H2 nutzbar – macht Sinn!
  - Verstaatlichung Netze! – Hups! „Bundesnetzgesellschaft in Bundeshand“

- grundsätzlich eher gegen Individualverkehr, zumindest in Städten zurückfahren – Investitionen in Bahn, ÖPNV, Fahrrad + geförderter Mobilitätspass
- ab 2030 nur noch emissionsfreie Kfz zulassen – jedoch nur E-Mobilität erwähnt
- CO2-orientierte Maut bei LKW
- Rückgabe der Gelder aus CO2-Bepreisung direkt an Bürger pro Kopf, Fonds zur Unterstützung z.B. Umstieg auf emissionsfreie Autos
- Pariser Klimaabkommen ins GG, CO2-Bremse für Gesetzesvorhaben
- Kohleausstieg über ETS (allerdings mit Preiseingriff) sowie Absenkung Grenzwerte Quecksilberausstoß
- starke Einschränkung synthetische Kraftstoffe – keine Technologieoffenheit zu erwarten
- Gebäude – bei Eigentümerwechsel – Zwang zur Sanierung bis zu gewissem Standard
- starke Kreislaufwirtschaftsvorgaben
- stärkere Grenzwerte Luftschadstoffe in allen Bereichen
- Interessant auch: „Öffentliche Trinkwasserversorgung muss Vorrang vor Privatnutzung haben“ – was heißt das genau?
- klimaneutrale Industrie: Licht und Schatten – CCfD + Investitionszuschüsse, Quoten für CO2-neutrale Grundstoffe – eher schlecht, degressive Abschreibungen, Stärkung Eigenstromversorgung – eher gut,
- soziale-ökologische Festschreibungen in Handelspolitik + Sanktionen, Lieferkettengesetze eher streng

## Bildungspolitik

Es passt zu den Grünen als Zentristen und zentralistischer Planifikation, dass sie auch und gerade in Bildungsfragen die Kompetenzen der Länder zurückschrauben wollen. Frage: Kommen am Ende der Gleichschaltung eher Sächsische oder Bremer-Berliner Bildungsverhältnisse heraus? Baden-Württemberg war beim Bildungsranking über Dekaden die Nummer Zwei in Deutschland. Dann kamen dort die Grünen mit an die Regierung.

### Kernpunkte:

- Maßnahmen:
  - Stärkung Bund in Bildungsfragen

## Steuerpolitik

Die Kumulierung, insbesondere der Steuererhöhungsmaßnahmen A), B) und C) (s. unten), führt in ersten konkreten Fallberechnungen zu etwa einer Verdoppelung der steuerlichen Belastung auf unternehmerische Erträge, die statt bei 30 - 40 Prozent bei 60 - 80 Prozent p. a. liegen werden, abhängig natürlich von der Rechtsform und der individuellen Ausschüttungsquote.

So wird es keine post-Corona-Erholung, kein starkes, die Corona-bedingt hohen Schulden abbauendes Wirtschaftswachstum und wegen sehr rascher Eigenkapital-Auszehrung auch keine Erfolge im globalen Technologiewettstreit geben. Jedoch Insolvenzen. Game over.

## Kernpunkte:

- Ziel: mehr Steuergerechtigkeit schaffen
- Maßnahmen:
  - alle Steuerrechtsreformen aufkommensneutral gestalten
  - Grundfreibetrag erhöhen
  - „moderate“ Anhebung Spitzensteuersatz (A)
    - ab 100.000 Einkommen (200.000 bei Paaren): 45 Prozent (bisher 42 Prozent)
    - ab 250.000 Einkommen (500.000 bei Paaren): 48 Prozent (bisher 45 Prozent ab 274.000)
  - Nichtabzugsfähigkeit Managergehälter ab 500.000 (d. h. keine Gegenrechnung von Werbungskosten in der Steuererklärung möglich)
  - Abschaffung Abgeltungssteuer, Besteuerung Kapitalerträge nach Einkommensteuertarif (d. h. individueller Steuersatz statt pauschal 25 Prozent) (B)
  - Vermögenssteuer für die Länder zur Finanzierung der Bildungsausgaben (C)
    - ab 2 Millionen Euro, jährlich 1 Prozent
    - Begünstigungen für Betriebsvermögen im „verfassungsrechtlich erlaubten und wirtschaftlich gebotenen Umfang“
    - dabei „zusätzliche Anreize für Investitionen“
    - Berücksichtigung besonderer Rolle von „mittelständischen und Familienunternehmen“
  - Anzeigepflicht nationale Steuergestaltung
  - zusätzliche Steuerpflicht nach Staatsangehörigkeit – steuerrechtlich motivierten Wegzug verhindern
  - Grunderwerbsteuer: Share-Deals steuerpflichtig machen
  - Country-by-Country-Reporting, Mindeststeuer von 25 Prozent, Digitalkonzernsteuer und Mehrheits- statt Einstimmigkeitsprinzip bei steuerpolitischen Fragen auf europäischer Ebene
  - Grundfreibetrag erhöhen

## Haushaltspolitik

Ohne eine voll-erhaltene Schuldenbremse droht der grüne Schulden-Exzess, veranstaltet von grünen Funktionären beim Staat und in den ihm vorgeschalteten NGOs, unter aus Zentralen gesetzten Zielbestimmungen und Maßnahme-Programmen. Es entfällt, dass dezentral und von unabhängigen Unternehmern vor Ort die besten, sparsamsten Wege gesucht werden.

## Kernpunkte:

- Ziel: Haushalt nachhaltiger und gerechter machen
- Maßnahmen:
  - umweltschädliche Subventionen abschaffen (Diesel, Dienstwagen) – selbstprognostizierte Mehreinnahmen: 10 Milliarden Euro

- „Klimaquote“
- Haushalt unter Berücksichtigung von Gender Budgeting und Gleichstellung
- Ausgabe von grünen Staatsanleihen
- Reform der Schuldenbremse: konsumtive Ausgaben unverändert, Investitionsausgaben mit Kreditaufnahme ermöglichen
- öffentlich-private Partnerschaften = nur für Privatwirtschaft vorteilhaft – Maßnahme: Infrastruktur ausschließlich in Verantwortung der öffentlichen Hand

## Weitere Punkte

### Verantwortungseigentum

- pro Einführung neuer Rechtsform
- Ausgestaltung: 100 Prozent Vermögensbindung an das Unternehmen, ansonsten Flexibilität wie GmbH)
- Stimmrechte werden treuhänderisch durch Beschäftigte gehalten
- Gewinne sollen reinvestiert oder gespendet werden  
Laut Herrn Habeck mehr als eine Rechtsform, sondern „endlich“ ein Tool, um ohne viel Getöse „Unternehmen zu sozialisieren“, künftig geführt von Nicht-Eigentümern, die sich einem einmal gesetzten „Purpose“ verpflichtet fühlen, ohne dabei auch selbst zu haften.
- Wahlrecht ab 16 (Bundestag/Europa)  
Victor Orban verändert in Ungarn den Zuschnitt der Wahlkreise, um seine künftigen Wahlergebnisse aufzuhübschen, man kann aber auch an den Altersgrenzen drehen.